

DIE GRÜNE MAMBA

Zeitung von B90/DIE GRÜNEN in München • Nachrichten aus Fraktion und Partei
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

PLEITEGEIER IN MÜNCHEN GELANDET

Die Stadt steht vor schmerzhaften Einschnitten

Die Finanzlage der Stadt ist schlecht – das weiß mittlerweile jeder, der die Lokalnachrichten auch nur teilweise verfolgt, doch wie schlecht ist sie wirklich ?

Die Vorauszahlungen der Gewerbesteuer sind auf den niedrigsten Stand seit 1992 gefallen - obwohl die Stadt schon damals mit einer Finanzkrise zu ringen hatte. Die gesetzlich fest geschriebenen Ausgaben, vor allem die Jugend- und Sozialhilfe sind seitdem dagegen kontinuierlich gestiegen. Auch die von der Stadt nicht zu beeinflussenden Umlagen haben sich in diesen Jahren stetig erhöht – zuletzt die an Bund und Land zu zahlende Gewerbesteuerumlage.

Eine oberflächliche Betrachtung des Münchner Haushalts könnte den Eindruck erwecken, die Stadt sei selber schuld, da u.a. die Personalkosten immer weiter gestiegen sind und auf der anderen Seite keine Rücklagen für schwierige Zeiten gebildet wurden. Der Personalanstieg ist aber vor allem auf die Schaffung von zusätzlichen Krippen-, Hort- und vor allem Kindergartenplätzen zurückzuführen. Nur in diesem Bereich gab es nennenswerte Personalausweitungen, in vielen anderen wurde schon in den letzten Jahren Personal abgebaut. Die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer in den Jahren 1998, 1999 und 2000 wurden von der Stadtratsmehrheit dazu genutzt, Schulden abzutragen und Rücklagen zu bilden. Ohne dieses verantwortungsvolle Vorgehen



hätte die Stadt jetzt eine noch viel höhere Schuldenlast zu tragen. Die Vorschläge der CSU zeigten damals wie heute eine abgrundtiefe finanzpolitische Inkompetenz: gleichzeitig Steuern senken, Ausgaben erhöhen und Verschuldung abbauen - das ist nicht zu machen. Eine der am häufigsten gestellten Fragen ist, ob die Stadt den dramatischen Einbruch im Sommer nicht hätte vor-

Was drin ist

	Seite
Wie weiter mit Münchens Schulen?.....	4
Kultur in Zeiten der Pleite.....	5
Was plant Berlin für München?.....	7
Abfallwirtschaft als Daseinsvorsorge.....	10
Boom der regenerativen Energien.....	14

hersehen können. Die eindeutige Antwort: in diesem Maße war die Entwicklung nicht zu erwarten.

Selbst die betroffenen Großunternehmen waren nicht in der Lage, ihre Steuerzahlungen auch nur wenige Wochen vorher zuverlässig zu prognostizieren, sonst hätten sie die Vorauszahlungen im eigenen Interesse schon früher gesenkt. Als nun im Sommer eine Großbank ihre Vorauszahlungen auf Null stellte und die Stadt bereits geleistete Steuern wieder erstatten musste, klaffte in der ohnehin schon aufs äußerste strapazierten Stadtkasse ein weiteres 100 Millionen-Euro-Loch.

Stadtrat zieht die Notbremse

Dem Stadtrat blieb nun nichts anderes übrig, als mittels einer Haushaltssperre die Notbremse zu ziehen. Hiervon waren Investitionen (soweit es noch keine gesetzliche Verpflichtung gibt) und Verwaltungsausgaben (Personalkosten, Sachmittel und Zuschüsse) gleichermaßen betroffen. Nur so war es möglich in diesem Jahr noch zusätzlich 60 Millionen einzusparen. Trotzdem muss die Stadt entgegen den gesetzlichen Vorgaben Kredite aufnehmen, um den Verwaltungshaushalt finanzieren zu können (laut Gesetz dürfen Zinsen und Tilgung nicht durch neue Kredite finanziert werden, sondern nur durch laufende Einnahmen). Damit die Stadt wieder einen genehmigungsfähigen Haushalt erhält, sind in den nächsten Jahren weitere gravie-

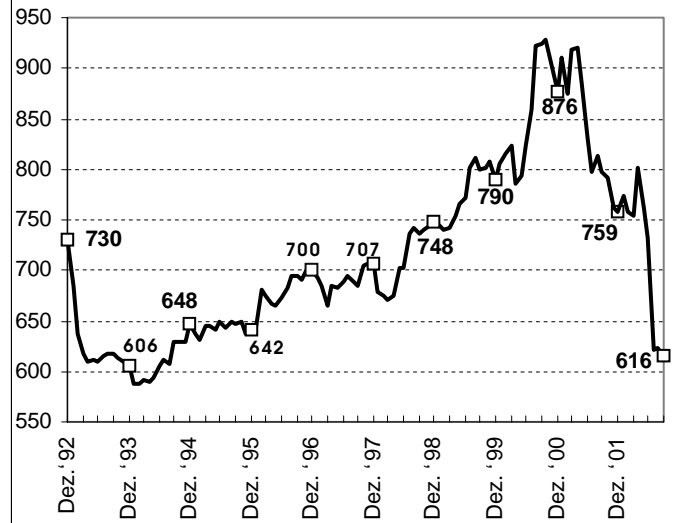
rende Einnahmeschnitte erforderlich – es sei denn durch eine andere Bundes- und Landespolitik verbessern sich die städtischen Einnahmen. Konsolidiert der Stadtrat den Haushalt nicht, übernimmt die Regierung von Oberbayern als Aufsichtsbehörde das Ruder. Dies hätte zur Folge, dass auf soziale, schulische, ökologische oder kulturelle Notwendigkeiten keine Rücksicht mehr genommen wird – andere Städte können von diesem Kahlschlag ein Lied singen.

Freiwillige Leistungen auf der Kippe

Wie geht es nun weiter? Im Januar wird der Kämmerer den Haushaltsentwurf für das Jahr 2003 vorlegen. Er orientiert seine Sparvorschläge vor allem daran, ob eine Leistung eine städtische Pflichtaufgabe oder, nach den Buchstaben des Gesetzes, freiwillig ist. So ist zum Beispiel eine städtische Schule eine frei-

willige Leistung, denn die Schulbildung ist in unserem föderalen System eine Aufgabe des jeweiligen Bundeslandes. Freiwillig ist auch der Betrieb von Bibliotheken und praktisch aller kultureller Institutionen. Aus diesem Grund wer-

Gewerbsteuer - laufende Vorauszahlungen (Jahresanordnungssoll)

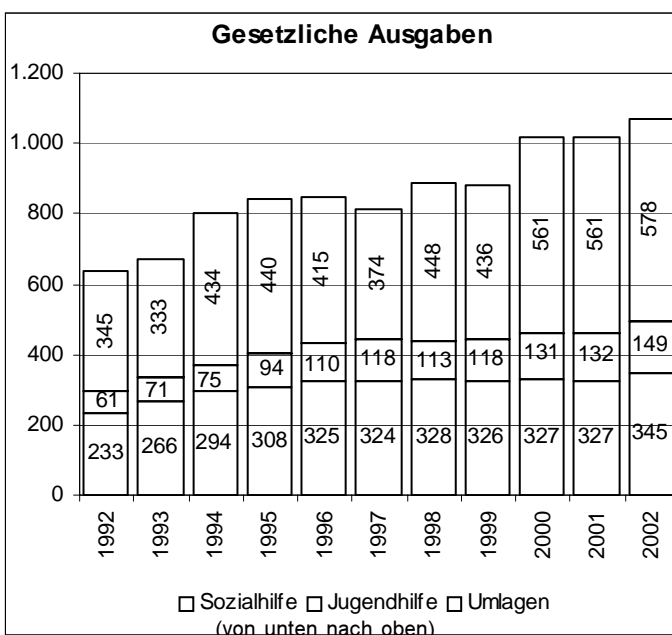


den dem Schulreferat und dem Kulturreferat besonders schmerzhaft Einsparungsbeiträge abverlangt. Gesetzlich vorgeschriebene Leistungen, wie sie zum Beispiel vom Kreisverwaltungs- oder vom Planungsreferat erfüllt werden, können nur begrenzt gekürzt werden - z.B. durch Personalabbau, wodurch sich aber die Dienstleistungsqualität für die Bürger verschlechtert. Der entscheidende Tag ist der 2. April 2003, an diesem Tag soll der Haushalt 2003 vom Stadtrat beschlossen werden, d.h. in den ersten Monaten des nächsten Jahres werden die Weichen gestellt für den städtischen Haushalt und damit auch für die (soweit noch mögliche) Schwerpunktsetzung von rot-grün in den nächsten Jahren.

Keine Sonderopfer fürs Stadion

Da das Baureferat bis Anfang November nicht in der Lage war, dem Stadtrat einen halbwegs nachvollziehbaren Finanzierungsplan vorzulegen, wurde die Entscheidung über die Finanzierung des neuen Stadion nochmals vertagt. Eines ist aber klar: Sonderopfer von kulturellen oder sozialen Einrichtungen für das Stadion wird es nicht geben. Die Stadt ist nicht in der Lage, mehrere Großprojekte auf einmal zu finanzieren. Es geht nur eins nach dem anderen, d.h. die Tunnel am Ring werden warten müssen, ebenso die U5.

Boris Schwartz



Liebe Leserinnen und Leser,

wer glaubt, die finanziellen Probleme der Stadt gingen an den Rathausfraktionen einfach vorüber, der irrt. Auch die Grüne Fraktion muss Einschnitte verkraften, was sich sowohl auf die Personal- als auch auf die Sachmittel auswirkt. Betriebsbedingte Kündigungen gibt es zwar auch bei uns nicht, aber insgesamt schrumpft die Arbeitszeit, die die Fraktion sich leisten kann. Und auch die Mamba mit ihren beträchtlichen Herstellungskosten muss sparen: Bis auf weiteres wird es daher nur noch zwei Ausgaben pro Jahr geben.

Da die Funktion der Mamba in den letzten zwei Jahren immer mehr von unserer Internetpräsenz ersetzt worden ist, halten wir diesen Einschränkung für verkraftbar. Was Aktualität angeht, konnte die Mamba, ein alle paar Monate erscheinendes Printmedium, ohnehin nicht mit einer gepflegten Website konkurrieren. Und ausführlichere Informationen, wie sie bisher der Mamba vorbehalten waren, hoffen wir demnächst auch in einer neu konstruierten Website anbieten zu können. Schon jetzt gibt es ja die Möglichkeit, sich die Mamba als pdf-Datei von unseren Seiten herunter zu laden. Die Zugriffsraten zeigen, dass viele User davon Gebrauch machen.

Zusätzlich werden wir demnächst auch einen wöchentlichen Newsletter anbieten, wie allgemein üblich mit Links auf Anträge, Pressemitteilungen etc. Auch der weitere Verlauf Grüner Anträge im Stadtrat wird in Kürze auf unserer Website abgebildet werden. All dies bedeutet natürlich, mehr Arbeit als bisher in die elektronische Medienpräsenz zu investieren. Die Zugriffe auf unsere Website zeigen, dass dies gerechtfertigt ist. Eine Resonanz wie auf unsere Website ließ sich für die Mamba trotz aller Bemühungen nie nachweisen. Die Zukunft unserer Öffentlichkeitsarbeit dürfte deswegen wohl eher in den elektronischen Medien liegen als auf bedrucktem Papier.

M. Viellvoye

WAS GEHT?

Grüne Verkehrspolitik im Zeichen leerer Kassen

Die Verkehrspolitik war zwar schon in der Vergangenheit eines der wichtigsten grünen Politikfelder, aber auch eines der schwierigsten und am wenigsten erfolgreichen. Wie soll da erst in Zeiten, in denen selbst die Stadtbibliotheken und Schulen auf dem Prüfstand stehen, eine nachhaltige Mobilität und damit ein lebenswertes, grünes und urbanes München entstehen? Meine Antwort fällt anders aus, als zu erwarten wäre: ich bin inzwischen deutlich optimistischer als noch vor Beginn der Spardebatte. Das hat zwei Hauptgründe:

Erstens hat sich eine Befürchtung schon nach drei Monaten Stadtratszugehörigkeit voll bewahrheitet: Während wir einen mühseligen Schritt vorwärts machen, brocken wir uns zeitgleich drei Schritte zurück ein.

Kein Geld mehr für Großprojekte

Das heißt, während wir Grüne uns an durchaus wichtigen Projekten wie Fahrradparkhäusern, Mobilitätszentralen und autofreien Tagen abarbeiten, müssen wir im Gegenzug zusehen, wie millionenschwere Straßen zu neuen Stadien oder Tunnel um Tunnel am Mittleren Ring den Stadtrat passieren. Jetzt aber ist das Geld aus und damit sind auch die Zeiten für die Lobbyisten der Mammutprojekte deutlich schwieriger geworden. Der Stadratsbeschluss zur Finanzierung der Infrastruktur zum neuen Stadion macht es deutlich: Es ist zur Zeit kein Geld da, um Tunnels oder U-Bahnen in Randlage finanzieren zu können, folglich sind diese Projekte erst einmal auf Eis gelegt.

Der zweite Grund für eine optimistische Betrachtung in dieser schwierigen Situation ist ebenfalls einleuchtend. Grüne Verkehrspolitik war schon immer deutlich billiger und effizienter als die der Straßenbauer und teilweise sogar ganz ohne Kosten für den Steuerzahler. Diese These möchte ich mit gleich mehreren Beispielen untermauern. Beispiel Fahrradverkehr. Hier liegt das größte Potenzial für eine

Verlagerung des Autoverkehrs zugunsten einer umweltfreundlichen Mobilität. Das Öffnen von Einbahnstraßen, das Einrichten von Fahrradstraßen und Routen, eine moderne Infrastruktur zum Abstellen der Räder kostet nur wenig oder gar nichts, würde aber riesige Potenziale freimachen. Wahrscheinlich kosten alle momentan vorliegenden Radprojekte zusammen so viel wie die Einrichtung der Baustelle eines Tunnelabschnittes.

Grüne Verkehrspolitik rechnet sich

Oder die zeitweise Umnutzung des Öffentlichen Raumes. Eine Flaniermeile à la Corso Leopold oder eine Blade Night kosten die Stadt bis auf wenige Hilfestellungen nichts, bringen aber ein deutliches Imageplus für die Stadt und einen immensen Gewinn an Lebensqualität für die vom Autoverkehr schier erdrückten Anwohner und Besucher. Letztes Beispiel Öffentlicher Verkehr: Alle Tramneubauprojekte z.B. müssen eine sog. „Standardisierte Bewertung“ überstehen. Alle von uns geforderten Projekte bringen hier unter dem Strich auch ein Plus für unsere Volkswirtschaft, die Trambahn-Nordtangente durch den Englischen Garten etwa erwirtschaftet für jeden investierten Euro mehr als 2 Euro.

Dieser Optimismus soll nicht etwa heißen, dass jetzt alles von alleine passiert. Auch Trambahnen wollen finanziert werden, bevor sie wieder reinwirtschaften können. Und Ängste von Fußgängern und Autofahrern vor durch Einbahnstraßen irrenden Radlrambos müssen erst einmal abgebaut werden. Die Strategie heißt jetzt: alle Millioneninvestitionen kommen auf den Prüfstand und werden nochmals auf ihren Nutzen abgeklopft, die Zeiten der Prestigeprojekte sind erst mal vorbei. Lasst uns die Finanzkrise nutzen, eines der vordringlichsten Projekte dieser Stadt kraftvoll anzupacken: die Verkehrswende.

Jens Mühlhaus

WIE WEITER MIT MÜNCHENS SCHULEN?

Im Mai diesen Jahres ging ein Aufschrei durch die Münchner Bevölkerung und Presse, als viele BewerberInnen an den städtischen Berufs- und Fachoberschulen auf Grund der städtischen Sparmaßnahmen kurzfristig einen Ablehnungsbescheid erhielten. Die bayerische Kultusministerin Monika Hohlmeier sprach von Kaltschnäuzigkeit und empfahl den Abgewiesenen zu klagen - mit Erfolg für die Kläger. Eine ungemütliche Situation, die ein schlechtes Licht auf die Bildungspolitik der Stadt München warf - aber das zu unrecht.

München ist eine Schulstadt. Und das soll auch so bleiben. Aber auf welchem Niveau? Eine Frage, die wir uns in den nächsten Monaten stellen müssen. Die Stadt betreibt 120 Schulen, obwohl Bildungspolitik eigentlich eine staatliche Aufgabe ist. Aber der Frei-

staat hat in den letzten Jahrzehnten seine Hausaufgaben nicht gemacht. München musste mit eigenen Schulen das Defizit der bayerischen Staatsregierung korrigieren - und das zum großen Teil mit städtischen Geldern.

Der Freistaat geizt

Die Schulpolitik der Stadt München ist eine freiwillige Leistung, die die Stadt zwar nicht ungern erbringt, da sie ihr in der schwarzen bayerischen Schullandschaft einen gewissen Gestaltungsspielraum eröffnet. Aber diese pädagogische Chance ist teuer! Immer noch zahlt der Freistaat Bayern als einziges deutsches Bundesland nur 60 % der Personalkosten der städtischen Schulen – effektiv sind es sogar nur 43%, da die verschiedenen Dienstalterstufen in der Berechnung des Freistaates nicht vorkommen. Darum muss die Stadt jährlich 150 Mio Euro für die Entlohnung der Lehrkräfte aufbringen. Im Vergleich dazu erhalten Privatschulen vom Staat 90% der Personalkosten erstattet.

Aber München nutzt seine Einflussmöglichkeiten. Schon lange vor PISA hat die Stadt das Thema Bildung in die Hand genommen und die pädagogische Schulentwicklung auf den Weg gebracht. Langsam beginnt sie, erste Früchte zu tragen.

Ziel ist die Entwicklung eines Unterrichts, der das eigenverantwortliche Lernen und die Teamfähigkeit fördert, fachliche Kompetenzen im Kontext von methodischen und sozialen Kompetenzen vermittelt und Fächer übergreifenden, handlungsorientierten Unterricht, Methodentraining und soziales Lernen einführt. Eine besondere Betonung liegt hier auf der Lesemotivation und –kompetenz, der Sprach- und Kommunikationsfähigkeit

und dem Beziehungslernen. Dabei wird verstärkt auf die sprachlichen Probleme von Migrantenkinder eingegangen. Interkulturelle Pädagogik in den Kitas, Stärkung der Diagnosefähigkeit (was ist Leseschwäche?) von ErzieherInnen und Lehrkräften, Methodentraining für Lehrkräfte, Skill-Stunden (Erlernen von Schlüsselkompetenzen), “Schule mal anders- Eltern lernen Deutsch”, Schulsozialarbeit, pädagogische Nachmittagsbetreuung an städtischen Realschulen sind nur einige Maßnahmen, die an städtischen Bildungseinrichtungen bereits mit Erfolg durchgeführt werden.

Der Münchner Weg

Eine besondere Rolle kommt hier dem Pädagogischen Institut der Stadt zu, das mit seinen Fortbildungen den Innovationsprozess aktiv begleitet. Das reicht von freiwilligen Angeboten zur Unterrichtsentwicklung, über Fortbildungen an den Schulen, bis zur Schulung von Direktoren im Management und teamorientiertem Arbeiten. Es geht also voran an Münchens Schulen - ein Prozess, der nicht gestoppt werden darf. Hier haben wir die Chance, Einfluss auf eine konservative, unbewegliche bayerische Schulpolitik zu nehmen und den Münchner Kindern eine innovative und zeitgemäße Bildung zu ermöglichen.

Doch die Finanzkrise der Stadt verlangt uns schwierige Entscheidungen ab. Hier lautet die Maxime: Qualität muss vor Quantität gehen. Das heißt: Die pädagogische Schulentwicklung, die Vernetzung mit Computern, der Einsatz neuer Unterrichtsformen wie der Medienpädagogik und natürlich auch die zahlreichen Fördermaßnahmen müssen erhalten und weiter entwickelt werden. Dafür wird man über weitere Reduzierungen der Eingangsklassen an BOS, FOS und Gymnasien, über die Übernahme von Schulen durch den Staat oder einen freien Träger und über die Schließung der Orientierungsstufe nachdenken müssen.



Wie lange kann die Stadt sich ihre Gymnasien noch leisten?

Statt Sparen - Einnahmen steigern

Doch es gibt auch andere Wege. Möglich ist eine Steigerung der Einnahmen. Um eine Lösung zu finden, wie durch eine vollständige Erstattung der Kosten pro Gastschüler (Sach- und Personalkosten) auch der Besuch von Schülerinnen und Schülern aus den Landkreisen finanziert werden kann, haben wir im September zu einem Gespräch mit grünen KreisrätInnen und SchulpolitikerInnen aus den umliegenden Landkreisen eingeladen. Das Ergebnis des Gespräches war leider nicht sehr ermutigend. Der reiche Landkreis München lehnt es völlig ab, sich an höheren Gastschulbeiträgen zu beteiligen. Fürstentfeldbruck und Ebersberg

haben immerhin einen Appell an den Freistaat geschickt, die Personalkostenersatzung der Münchner Lehrer erheblich anzuheben. Außerdem plant der Landkreis Fürstentfeldbruck in nächster Zeit den Bau einer eigenen FOS.

Die Grüne Stadtratsfraktion hat zwei Anträge gestellt, mit dem Ziel, die Finanzsituation des Schulhaushaltes zu verbessern. Zum einen setzen wir uns für die Gründung einer Stiftung im Fort- und Weiterbildungsbereich ein, die das unübersichtliche Angebot von freien Trägern und städtischen Maßnahmen bündeln und auch die Finanzierung auf mehrere Schultern (IHK, Handwerkskammer, VHS etc.) verteilen soll. Zum anderen befürworten wir die Einführung eines sogenannten Zeitarbeitskontos für Lehrkräfte, das

den Schulen die Möglichkeit gibt, in Zeiten mit hohen Schülerzahlen die vorhandenen Lehrkräfte vermehrt einzusetzen und in ruhigeren Zeiten diese zu entlasten. Weiter werden wir auch die Erweiterung von Gebühren für die Fortbildungen des Pädagogischen Institutes fordern und die kürzere Arbeitszeit der städtischen LehrerInnen im Verhältnis zu den staatlichen Lehrkräften überdenken müssen. Und nicht zuletzt werden wir weiter alles daran setzen, die Erhöhung der staatlichen Zuschüsse für das städtische Lehrpersonal zu fordern. Denn eines muss klar sein: Bildungspolitik ist vorrangig Landespolitik und dafür trägt der Freistaat die Verantwortung und nicht die Stadt München.

Sabine Krieger

KULTUR IN ZEITEN DER PLEITE

Vergleichen wir das Kulturreferat und seinen Etat kurz mit der Titanic. Wenn wir dieses Bild nehmen, dann steht die Titanic vor der Aufgabe, weiter zu schwimmen, obwohl sie den Eisberg rammt.

Der Gesamthaushalt des Kulturreferates beträgt ca. 150 Mio Euro pro Jahr (hiervon übrigens ca. 1/3 reine Personalkosten). Diese 150 Mio verteilen sich in etwa wie folgt:

Stadtbibliothek	23%
Kammerspiele	15%
Philharmoniker	15%
Volkshochschule	9%
Stadtmuseum	6%
Zuschussbereich	19%
Rest/Kernreferat	13%
Gesamt:	100%

Diese Zahlen machen deutlich, dass das Kulturreferat gezwungen ist, den Konsolidierungsbeitrag auf verschiedene Bereiche zu verteilen. Der derzeit vorgesehene Konsolidierungsbeitrag

des Kulturreferates allein für 2002 beträgt 3,448 Mio Euro. Um dieses vom Stadtrat vorgegebene Ziel zu erreichen, will das Kulturreferat die Konsolidierungsziele zu ungleichen Teilen auf die einzelnen Kostenstellen verteilen.

Beispiel Stadtbibliotheken

Für die Stadtbibliotheken, die im Jahr 2002 beispielsweise über einen Gesamtetat von 33,5 Millionen Euro verfügen, bedeutet dies, dass sie 2002 bereits 372.600 Euro einsparen müssen, im Jahr 2003 bereits 1,2 Mio Euro; bis einschließlich 2006 sollen die Stadtbibliotheken dann mindestens 4,2 Mio Euro eingespart haben.

Ohne näher auf die Strukturen der Stadtbibliotheken einzugehen, muss gesagt werden, dass dies mit Sicherheit zu einer Schließung verschiedener Stadtbüchereien führen würde.

Beispiel Volkshochschule

Ähnlich dramatisch stellt sich die Situation für die Münchner Volkshochschule dar. So erhält die Münchner

Volkshochschule für 2002 einen Zuschuss in Höhe von ca. 12 Mio Euro. Hiervon sollen im Jahr 2003 bereits ca. 770.000,- Euro eingespart werden. Zusammen mit den weiteren Einsparungen bis einschließlich 2006 soll sich der Zuschuss für die Volkshochschule auf ca. 10,5 Millionen Euro verringern.

Und die Hochkultur?

Selbstverständlich sind auch die Philharmoniker und die Kammerspiele an der Konsolidierung beteiligt. Bei den Kammerspielen allerdings wird 2003 die jahrelange Renovierung abgeschlossen und Intendant Frank Baumbauer hat erstmals eine Spielzeit im neuen Gebäudekomplex – um hier einen guten Start zu ermöglichen kann der Stadtrat nur in Maßen kürzen. Bei den Philharmonikern stehen derzeit Verhandlungen mit dem potenziellen Nachfolger von Levine an – auch hier sind Konsolidierungen möglich, müssen aber immer im Rahmen der – nicht öffentlich – geführten Verhandlungen gesehen werden.

Das Geld der freien Szene

Sicherlich besteht die Möglichkeit, bei den vielen kleinen Kulturvereinen und Zuschussnehmern zu sparen. Aber gerade hier liegt die Vielfalt des Münchner Kulturlebens. Ginge die Konsolidierung überproportional zu Lasten dieser Zuschussnehmer, wäre die geförderte Kulturszene vom Kleintheater bis zu den Geschichtswerkstätten, vom Trachtenverein bis zu den Tanzgruppen in wenigen Jahren zerstört. Damit steht der Stadtrat auf der Kommandobrücke der Kulturreferats-Titanic, sieht den Eisberg auf sich zukommen und muss überlegen, wie das Schiff auch am Tag danach noch schwimmen kann.

Kulturpolitisches Dilemma

Sicherlich wird es ohne Einsparungen auch in den zentralen Bereichen der "Kultur für die breiten Schichten der Bevölkerung", also bei den Stadtbibliotheken und der Münchner Volkshochschule nicht gehen – machen sie zusammen doch bereits ein Drittel des gesamten Kulturetats aus. Andererseits würde eine Konsolidierung, die zur Schließung einer ganzen Reihe von Stadtbibliotheken führt oder ganze Bereiche der Volkshochschule abschafft, die Teilhabe an Kultur und Bildung für breite Teile der Bevölkerung deutlich einschränken. Ziel muss es also sein, die Konsolidierungsbeiträge für diese Teile deutlich zu reduzieren – und evtl. andere Konzepte für die Stadtbibliotheken und die Volkshochschule anzudenken.

Wo aber sollen dann die ca. zwei Mio Euro Konsolidierungsbeitrag allein für 2003 herkommen, die das Kulturreferat aus den Stadtbibliotheken und der Münchner Volkshochschule erwirtschaften will?

Selbst wenn sich der Stadtrat dazu durchringt, noch weitere Konsolidierungsleistungen aus den Bereichen der Kammerspiele und der Philharmoniker zu nehmen, wird dies nur in Maßen gehen und kann die Konsolidierung der Volkshochschule und der Stadtbibliotheken nicht übernehmen – außer man würde die Stellung der Philharmoniker oder der Kammerspiele als Aushängeschilder der Kulturstadt München antasten, eine Alternative, die sicherlich diskutiert werden muss.



Große Meister kosten großes Geld. James Levine hat bei den Philharmonikern auch finanziell Maßstäbe gesetzt.

Auf der anderen Seite benötigt gerade die Wirtschaftsmetropole München herausragende "weiche Standortfaktoren", die kulturellen Glanz ausstrahlen. Das mag vielen unverständlich sein, wenn als Gegenrechnung die Bedeutung der Institutionen Stadtbibliotheken und Volkshochschule für die MünchnerInnen aufgemacht wird. Der Schaden am Ruf der Kulturstadt München, bei radikalen Einschnitten bei den Philharmonikern oder den Kammerspielen sollte aber nicht unterschätzt werden.

Kultur ist ein Standortfaktor

Was bleibt also übrig? Was ist mit dem Volkstheater und dem Deutschen Theater? Diese Theater bekommen pro Jahr ca. 4,5 Mio Euro (Volkstheater) und 2,2 Mio Euro (Deutsches Theater) an Zuschüssen. Das Volkstheater hat mit Christoph Stückl einen neuen Intendanten, der gerade seine ersten Inszenierungen vorweisen kann. Er hat einen relativ neuen Intendantenvertrag, der bis 2007 läuft – ebenso wie der Mietvertrag für die Immobilie. Außerdem wurde gerade die Gastronomie und der Eingangsbereich für ca. 1,5 Mio Euro umgebaut. Nachdem hier Fakten geschaffen wurden, kann also erst wieder auf das Jahr 2007 hin neu über das Volkstheater diskutiert werden. Der Zuschussbetrag für das Deutsche Theater ist eher gering. Hier allerdings stehen umfangreiche Sanierungsarbeiten an, von denen derzeit niemand sagen kann, wie teuer sie sein werden und wann sie durchgeführt werden müssen. Ob es als Perspektive allerdings sinnvoll ist, ein Musicaltheater ganz zu schließen, wage ich zu

bezweifeln. Wenn die "weichen Standortfaktoren" schon für die Philharmoniker und die Kammerspiele gelten, gelten sie auch für die "leichte Kultur."

Die Vielfalt muss erhalten bleiben

Ein vorsichtiges Fazit aus grüner Sicht:

Alle Kulturbereiche werden einen Konsolidierungsbeitrag erbringen müssen – wir sollten als Grüne aber darauf drängen, dass die Kultureinrichtungen, auf die gerade sozial schwache MünchnerInnen angewiesen sind, nicht in einem Maße zur Konsolidierung herangezogen werden, die diese im Kern dauerhaft beschädigen. Sicherlich ist zu überlegen, ob die großen Institutionen Philharmoniker und Kammerspiele ihren Konsolidierungsanteil zugunsten der anderen Bereiche vergrößern sollten – aber auch dies ist nur in bestimmten Grenzen denkbar. Tabu sein sollte eine Erhöhung der Konsolidierungsbeiträge der vielen kleinen Institutionen und Einrichtungen und Vereine in München – dies würde die Vielfalt der Münchner Kulturszene dauerhaft zerstören.

Wir werden als Grüne deshalb darauf drängen, dass die Konsolidierungsbeiträge für die Stadtbibliotheken und die Volkshochschule reduziert werden. Mit anderen Worten: wir hoffen, dass es eine Mehrheit gibt, die den Eisberg von der Titanic etwas abzieht. Dann gibt es zwar einen Riss in der Außenhaut, aber das Schiff schwimmt weiter.

Siegfried Benker

WAS PLANT BERLIN FÜR MÜNCHEN?

Nach der erfolgreichen Bundestagswahl hat die Stadtratsfraktion der neuen Bundestagsfraktion in einem Glückwunschschreiben gratuliert und gleichzeitig einige wichtige politische Anliegen aus Sicht der Stadt München formuliert. Wir dokumentieren diese Forderungen und stellen sie mit einem Kommentar den entsprechenden Abschnitten des Koalitionsvertrags gegenüber.

1. „Die Kommunalen Finanzen müssen so schnell wie möglich zugunsten der Kommunen geändert werden. (...) Nach der jetzigen Regelung sind die Kommunen die ersten Verlierer der Globalisierung: internationale Gewinne erscheinen bei der Gewerbesteuer vor Ort als Verlust. Die derzeit eingesetzte Kommission zur Erarbeitung eines Vorschlages zur Neuregelung der Finanzverteilung ist sicherlich richtig. Aber wir können nicht noch Jahre auf eine Neuregelung warten. Die Schlupflöcher für internationale Konzerne müssen sofort geschlossen werden, der Bundes- und Länderanteil an der Gewerbesteuerumlage muss wieder auf den ursprünglichen Satz reduziert werden.“

Dazu heißt es im Koalitionsvertrag (KoaV):

Unternehmen können Verluste künftig nur noch bis zur Hälfte ihrer Gewinne abziehen, der Verlustvortrag wird auf sieben Jahre begrenzt. (...)

Wir werden – ausgehend von dem Ergebnis der Kommission Gemeindefinanzreform – die Finanzkraft der Kommunen stärken und auf eine breite und solide Basis stellen. Wir wollen das Band zwischen örtlicher Wirtschaft und Gemeinde festigen. Deshalb wollen wir im Konsens aller Beteiligten eine tragfähige Gewerbesteuerreform als wesentliches Element der Gemeindefinanzreform umsetzen. Wir wollen

auch ein generelles Verbot der steuerrechtlichen Anrechnung gewerbsteuerlicher Organschaften durchsetzen, damit das Gewerbesteueraufkommen auch dort anfällt, wo es erwirtschaftet wird und kein steuerminderndes Verschieben von Gewinnen und Verlusten mehr möglich ist.

Ein Teil unserer Forderungen ist damit erfüllt worden – von einer Reduktion der Gewerbesteuerumlage ist allerdings nicht die Rede. Die Zukunft der kommunalen Finanzen wird allerdings wesentlich von den Ergebnissen einer eigens zu diesem Zweck eingesetzten Kommission abhängen.

2. „Der Bund hat die Wohnungsbauförderungsmittel im Laufe der letzten Jahre massiv zurückgefahren. Das mag aus dem Blickwinkel der Bundesregierung, die auch die Wohnungsleerstände in Ostdeutschland sieht, noch nachvollziehbar sein. Aus Blick einer Großstadt wie München ist es fatal. Die Wohnungsnot, die Mieten und die Obdachlosigkeit haben in München neue Höchststände erreicht. (...) Wir brauchen ein Metropolenprogramm um die Wohnungsnot in den Großstädten effektiv zu bekämpfen.“

KoaV:

Wir werden die Bildung von Wohneigentum weiter unterstützen. (...) Wir werden die Alt- und Neubauförderung angleichen und auf Familien mit Kindern konzentrieren. Eigenheimförderung und Altersvorsorge werden besser miteinander verzahnt.

Städtebau, Wohnungspolitik, Raumordnung und Mobilität werden zu integrierten Stadtentwicklungskonzepten weiterentwickelt. Dabei werden die vernetzten Programme „Soziale Stadt“, „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ auf hohem Niveau verstetigt. Das Programm „Soziale Stadt“ wollen wir ressortübergreifend und mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen besser vernetzen.

Ein Sonderprogramm für Sozialen Wohnungsbau findet sich nicht. Der Koalitionsvertrag könnte sogar dazu führen, dass die Bedingungen für den Wohnungsbau sich noch verschlechtern, indem er einige Anreize abbaut: z.B. die Abschaffung der degressiven Gebäudeabschreibung, die Reduzierung der Eigenheimzulage auf Familien mit Kindern und die Erweiterung der Steuerpflicht für nicht selbst genutzte Grundstücke. Dies haben Stadtrat und OB bereits aufgegriffen und sich an den Bundestag und die Bundesregierung mit der Forderung nach Nachbesserung gewandt. (s.a den Kommentar von Alexandra Weiß auf S. 8).

3. „Notwendig im Rahmen der Verhandlungen ist auch die alte grüne Forderung nach der Einführung des Konnexitätsprinzips: neue Leistungen dürfen nur dann an die Kommunen delegiert werden, wenn sie auch vom Bund finanziert werden.“

KoaV:

Wir treten dafür ein, dass Aufgabenverlagerungen im Verhältnis der staatlichen Ebenen – Bund und Länder einschließlich ihrer Gemeinden – im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs berücksichtigt werden (Konnexitätsprinzip).

Wie schon im ersten Koalitionsvertrag bekennt sich Rot-Grün auch diesmal grundsätzlich zur Konnexität. Es ist allerdings offen, wie dieser Grundsatz im Einzelnen verwirklicht wird. Ob der Deckungsgrad von 20 % für die Betreuung unter dreijähriger Kinder wie vorgesehen tatsächlich aus den 1,5 Mrd Euro Minderausgaben, die bei den Kommunen durch das Hartz-Konzept entstehen, und aus der Freierwerb von erwarteten 500.000 Kindergärten und Hortplätzen (dies durch sinkende Kinderzahlen und die Ganztageseschulen) finanziert werden kann, bleibt abzuwarten.

4. „Für München wie für alle Großstädte wichtig: die kommunalen Wasserversorgungen müssen in kommunaler Hand bleiben.“

KoaV:

Zum Erhalt der hohen Qualität der Trinkwasserversorgung bleibt die Wasserversorgung eine kommunale Aufgabe.

Das ist klar, eindeutig und ohne Schlupfloch.

5. „Der Wettbewerb im Öffentlichen Nahverkehr darf nicht zu einer Einschränkung von Qualität und Standard führen – und kommunale Unternehmen müssen eine reale Chance im Wettbewerb haben.“

KoaV:

Unser Ziel ist ein für die Benutzer attraktives öffentliches Verkehrssystem mit flächendeckendem Angebot, anbieterübergreifender Fahrplanauskunft und einem Ticket von Tür zu Tür. Wettbewerb sorgt für gute Angebote und günstige Preise für den Verkehrskunden. Wir werden im Personenverkehr mit Bus und Bahn einen kontinuierlichen Übergang in den Wettbewerb unter Beachtung ambitionierter und verbindlicher Umwelt-, Sozial- und Qualitätsstandards sicherstellen.

Die Sache ist klar: Je höher die Qualitätsstandards, desto mehr Chancen haben die kommunalen Unternehmen. Insofern ist dies ein erfreuliches Bekenntnis.

6. „Die Metropolen tragen die Hauptlast bei der Integration neuer ZuwandererInnen – auch nach dem neuen Zuwanderungsgesetz. Bitte setzt Euch dafür ein, dass die im Gesetz vorgesehenen Integrations- und Sprachkurse entsprechend mit Finanzmitteln ausgestattet werden.“

KoaV:

Mit dem Zuwanderungsgesetz haben wir erstmals neu zuwandernden Ausländern und Aussiedlern gleichermaßen einen Anspruch auf die erforderlichen Sprach- und Orientierungskurse gegeben. Wir werden eine den Pflichten und Ansprüchen der Betroffenen entsprechende und bedürfnisgerechte Ausstattung der Kurse ein-

WOHNUNGSEIGENTUM FÖRDERN - STRUKTURPOLITISCHER UNSINN!

Angesichts der angespannten Wohnungslage in München ist es nachvollziehbar, dass sich Politiker aller Stadtratsfraktionen lautstark an Berlin wenden, um ihrem Wahlvolk zu demonstrieren, dass sie sich für mehr Wohnraum in München einsetzen. Ich würde mich aber nicht wundern, wenn die Forderungen ungehört bleiben. Aus strukturpolitischer Sicht ist es nämlich unsinnig, angesichts Millionen leerstehender Wohnungen in Deutschland weiterhin Wohnungseigentum zu subventionieren. Für ausgewogenere Lebensverhältnisse in Deutschland wäre es sicher nicht schlecht, wenn die ein oder andere Firma aufgrund des Standortvorteils „günstiger Wohnraum für die MitarbeiterInnen“ in Leipzig und nicht in München investiert. Auch unter ökologischen Gesichtspunkten sollte die Nutzung und Sanierung von leerstehenden Altbeständen Vorrang vor der staatlichen Subvention von Neubau verbunden mit Flächenfraß und höherem Verkehrsaufkommen haben. Ist es angesichts der Haushaltslage wirklich staatliche Aufgabe, die wachsende persönliche Nachfrage an Wohnraum (in München derzeit ca. 38 qm Wohnfläche/Person) zu fördern?

Etwas anders als bezüglich der Steuervorteile und Eigenheimförderung verhält es sich aber mit dem sozialen Wohnungsbau. Die im Rahmen der aktuellen Diskussion um die Wohnungsbauförderung geforderte Regionalisierung und Schwerpunktsetzung des sozialen Wohnungsbaus auf die Ballungsräume verdient Unterstützung. Es ist tatsächlich so, dass die Ballungsräume hohen Bedarf an Wohnraum für die unteren Einkommensschichten haben. Denn einerseits fallen derzeit sehr viele Wohnungen aus dem Bestand aus der Sozialbindung und andererseits können es sich Menschen unterer Einkommensschichten nicht leisten, ins Umland abzuwandern.

Alexandra Weiß

schließlich Kinderbetreuung und sozialpädagogischer Begleitung gewährleisten.

Der Bund will „gewährleisten“ - klingt gut. Aber ist damit auch „finanzieren“ gemeint? Auch hier muss das Bekenntnis zur Konnexität greifen! Bisher fehlen die notwendigen Verordnungen zur Ausführung der neuen Gesetze. (S. den Artikel von Sedef Özakin auf S. 9)

7. „Ein letztes noch: So sehr wir das Zuwanderungsgesetz begrüßt haben, so sehr waren wir über die Schlechterstellung von Flüchtlingen – z. B. die Ermöglichung von „Ausreisezentren für Flüchtlinge“ in den Bundesländern – enttäuscht. Seit Jahren betreiben wir erfolgreich eine kommunale Flüchtlingspolitik – die aber nur schwer umzusetzen ist, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Deshalb unsere Bitte: Verstärkt die Stellung von Flüchtlingen. Schafft das Flughafenverfahren im Asylverfahren endlich ab und setzt die UN-Kinderrechtskonvention um!“

KoaV:

Wir gestalten Einwanderung, schützen Flüchtlinge und fördern Integration. (...) Zugleich werden wir dafür sorgen, dass die Ausreisepflicht von Nicht-Bleibeberechtigten konsequent durchgesetzt wird. Wir werden prüfen, welche humanitären Vorschläge aus dem Bericht der Süsmuth-Kommission umgesetzt werden können. Zur Lösung humanitärer Einzelfälle (ca. 500 pro Jahr) kann der Bundesminister des Innern in Zusammenarbeit mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Flüchtlinge aus dem Ausland aufnehmen.

Diese und andere Passagen, die Flüchtlinge betreffen, sind eher arm an konkreten Aussagen, was darauf schließen lässt, dass hier keine Veränderungen geplant sind. Es wird also Ausreisezentren geben, die Rechtsstellung von Flüchtlingen wird sich nicht verbessern und Schily wird die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention weiter blockieren. Fazit: Die Flüchtlingspolitik bleibt eine Schwachstelle der rot-grünen Koalition.

WIE WEITER MIT DEM TRANSRAPID?

Im KoaV heißt es dazu: „Für die finanzielle Unterstützung für den Bau von Anwendungstrecken für die Magnet-schwebbahntechnologie stehen auch weiterhin Bundesmittel in einer zugesagten Gesamthöhe bis zu 2,3 Mrd. Euro zur Verfügung.“

Allerdings sind hier in mündlichen Absprachen Finanzierungs- und Wirtschaftlichkeitsvorbehalte formuliert worden, die das Projekt eigentlich zu Fall bringen müssten (so jedenfalls MdB Ali Schmidt). Schriftlich gibt es das aber nicht.

Die Grünen konnten sich also nicht mit der Forderung durchsetzen, das unsinnige Projekt endlich sterben zu lassen. Hier dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass man den neuen „Superminister“ Clement, der sich als Ministerpräsident von NRW ja vehement für den Transrapid eingesetzt hat, nicht gleich mit einer politischen Watschn empfangen wollte.

Woher aber die zugesagten insgesamt 2,3 Milliarden Euro für die Strecken in NRW und Bayern (davon für Bayern 550 Mio) kommen sollen, ist nach wie vor völlig unklar. Sie sind jedenfalls nicht im Bundeshaushalt 2003 enthalten, sondern nur in der (unverbindlichen) Mittelfristigen Finanzplanung bis 2006. Außerdem streiten sich die Ressorts Verkehr und Wirtschaft vehement darüber, wer die Milliarden denn nun berappen soll. Dass sie aus dem Verkehrshaushalt kommen werden, ist mit Blick auf die Flutschäden in Ostdeutschland ziemlich unwahrscheinlich, jedenfalls in den nächsten Jahren.

Der Freistaat benötigt aber die Bundesgelder. Wiesheu hat sich ja bitter beklagt, die zugesagten 550 Mio seien eine krasse Benachteiligung. Stellt man dann noch die Kritik des Bundesrechnungshofes an den Wirtschaftlichkeitsberechnungen für beide Transrapidprojekte in Rechnung, so darf man wohl davon ausgehen, dass der Münchner Transrapid so schnell nicht gebaut wird - aus reinem Geldmangel, der oft ein verlässlicherer Verbündeter beim Kampf gegen industriepolitische Geldverschwendung ist als die Vernunft.

DAS NEUE ZUWANDERUNGSGESETZ: FORTSCHRITT ODER RÜCKSCHRITT?

„Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern“ heißt die Devise unseres neuen Zuwanderungsgesetzes, das aller Voraussicht nach zum 01.01.2003 in Kraft tritt.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass hochqualifizierte Fachkräfte in Zukunft je nach Bedarf des Arbeitsmarktes unproblematisch zuwandern können. Für Flüchtlinge heißt dies jedoch, dass neben den wenigen Fortschritten - wie etwa der Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgungsgründe - die bereits bestehenden Ausgrenzungen verfestigt und neue aufgebaut werden. Gerade in der Flüchtlingsarbeit müssen Wege gefunden werden, die jahrelange gute Arbeit mit Flüchtlingen in München nicht zu zerstören, sondern weitgehend zu erhalten. Es wird sehr schwierig werden, Menschen, die durch das Gesetz in eine absolute Perspektivlosigkeit gedrängt werden, innerhalb einer finanziell geschwächten Kommune zu helfen.

Aus den vielen im Detail noch ungeklärten Aspekten des neuen Zuwanderungsgesetzes sticht im Hinblick auf das kommunale Aufgabenfeld besonders die Anbindung des Aufenthaltsrechts an die sprachliche Qualifikation der Zuwanderer heraus. Menschen, die z.B. auf Grund der Familienzusammenführung nach Deutschland einwandern, werden zukünftig Sprach- und Orientierungskurse besuchen müssen. Diese Kurse sind notwendig, weil ein gesicherter Aufenthaltsstatus zukünftig nur noch bei guten Deutschkenntnissen gewährt wird. Es besteht ein hoher Klärungsbedarf, wie die zukünftigen Orientierungs- und Sprachkurse in München aussehen sollen und wer sie anbietet.

In München wurden bereits in einem Pilotprojekt Orientierungskurse von verschiedenen freien Trägern sehr erfolgreich durchgeführt. Diese Pilotkurse wurden von der Stelle für interkulturelle Zusammenarbeit konzipiert. Inwieweit diese Erfahrungen der Träger in die Diskussion über die Orien-

tierungskurse einfließen werden, ist bisher noch nicht geklärt. Doch es zeichnet sich bereits jetzt schon ab, dass diese Erfahrungen keine Berücksichtigung finden werden.

Ungeklärt ist auch die Frage, wie sich die zukünftigen Sprachkurse gestalten werden. Bund und Länder werden nicht die nötigen finanziellen Mittel für qualifizierte Sprachkurse zur Verfügung stellen. Darunter leiden insbesondere die Anbieter, die sich über Jahre bewährt haben. Inwieweit sich die Kommune hier einbringen wird, ist noch unklar. Es ist aber davon auszugehen, dass die Stadt, aufgrund der finanziell schlechten Haushaltslage nur das Nötigste aufbringen kann. Das Bundesministerium geht von 2,05 Euro pro Kursstunde aus. Dies bedeutet, dass erst durch hohe Teilnehmerzahlen die Kosten für die Sprachkurse überhaupt getragen werden können und somit die Qualität extrem leiden wird.

Es stellt sich dabei auch die Frage, ob die Kursteilnehmer bei der hohen Teilnehmerzahl und in den vorgesehenen 600 Sprachkursstunden (300 Stunden Basissprachkurs, 300 Aufbausprachkurs) ausreichend Deutsch erlernen können um dadurch ihr zukünftiges Bleiberecht zu sichern. Weiterhin ist nicht klar, ob auch MigrantInnen einen Sprachkurs besuchen können, die bereits über drei Jahre in München leben und somit keinen Rechtsanspruch mehr auf Deutschkurse haben. Offen ist auch die Frage, wie junge Mütter den Sprachkurs besuchen sollen, wenn keine ausreichende Kinderbetreuung angeboten wird.

Zu all diesen offenen Fragen hat die Grüne Stadtratsfraktion im Sommer ein umfangreiches Antragspaket vorgelegt. Wenn das Zuwanderungsgesetz in München zum 1.1. 2003 umgesetzt werden soll, müssen die Stadt, aber auch der Bund und der Freistaat sehr bald die nötigen administrativen Voraussetzungen schaffen.

Sedef Özakin

MODERNISIERUNG STATT PRIVATISIERUNG

Ökologische Abfallwirtschaft als unverzichtbarer Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge

Seit nunmehr 12 Jahren nimmt München eine Vorreiterrolle in der ökologischen Abfallwirtschaft ein. Das Münchner Abfallwirtschaftskonzept von 1988 war der Beginn für effektive Abfallvermeidung und -verwertung.

Die seither erzielten abfallwirtschaftlichen Erfolge zeigen, dass sich das ökologische Konzept zur Müllvermeidung und Abfallverwertung in München bewährt hat: Die jährliche Restmüllmenge aus Münchner Haushalten konnte im Zeitraum von 1989 bis 2001 um 40 Prozent von 512.000 t auf 309.000 t reduziert werden. Gleichzeitig haben die neuen Recyclingangebote der Stadt München fast zu einer Verdreifachung der verwerteten Haushaltsabfälle geführt, von rund 80.000 t im Jahr 1989 auf rund 210.000 t im Jahr 2001.

Neue Gesetzgebung bedroht die kommunale Abfallwirtschaft

Mit Inkrafttreten des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes ist im Jahr 1996 die gesamte Abfallwirtschaft in eine Umbruchsituation geraten. Ein Großteil des Abfalls wurde zu frei handelbarer Ware. Seither gehen insbesondere die gewerblichen Abfälle den Weg der billigsten Entsorgung. Die umwelttechnisch vorbildlichen Müllverbrennungsanlagen der Kommunen haben dadurch das Nachsehen. Allein in der Stadt München summieren sich Mindereinnahmen wegen ausbleibender Anlieferungen inzwischen auf rund 50 Millionen Euro.

Der Trend zur Liberalisierung der Abfallwirtschaft hat sich auf EU-Ebene fortgesetzt und wurde um das Schlagwort "Wettbewerb zwischen öffentlicher und privater Entsorgung" erweitert. Sollte sich diese Tendenz weiter

fortsetzen, ist mit erheblichen Verschlechterungen nicht nur für die Entsorgungssicherheit, sondern auch für ökologische Standards und die Stabilität der Müllgebühren zu rechnen.

BDE fordert vollständige Privatisierung

Die Lobby der privaten Entsorgungswirtschaft versucht, ihren ganzen Einfluss in der Politik geltend zu machen. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHT) und der Bundesverband der deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) fordern die vollständige Privatisierung der Gewerbemüllentsorgung bis 2005 und mittelfristig auch der gesamten Hausmüllentsorgung. Die Kommunen sollen sich dann maximal als Anbieter im Wettbewerb beteiligen, auf alle Fälle jedoch weiterhin die Kontroll- und Lenkungsarbeiten über das Abfallgeschehen erfüllen. Das bedeutet im Klartext: das lukrative operative Geschäft beanspruchen die privaten Entsorger für sich, alle Begleit- und Folgekosten, insbesondere die Überwachungs- und Nachsorgekosten, soll die Allgemeinheit übernehmen.

Erst Wettbewerb, dann Monopole

Ich befürchte, dass aus dem beabsichtigten Wettbewerb bald ein Scheinwettbewerb werden könnte. Ähnlich wie im Energiesektor ist damit zu rechnen, dass die Entsorgungskosten zunächst sinken, um nach der Aufteilung des Marktes unter ein paar Großkonzernen wieder zu steigen. Auch der Bayerische Städtetag warnt: "Gewinner einer solchen Liberalisierungspolitik sind private Ver- und Entsorgungskonzerne und Großabnehmer aus Industrie und Handel. Verlierer sind private Haushalte, Handwerker, mittelständische Unternehmen und die Umwelt."

Gefahr sinkender ökologischer Standards

Müll als frei handelbare Ware nimmt schon heute den Weg zu Billigdepotien und zu Verbrennungsöfen der Industrie, deren Abgasreinigung im Vergleich zu den kommunalen Müllverbrennungsanlagen als rückständig zu bezeichnen ist. Die Abfallwirtschaft hat sich in München im letzten Jahr-



Kommunalreferentin Gabriele Fridrich

zehnt zu einem wettbewerbsfähigen kommunalen Partner der Bürgerschaft und Wirtschaft entwickelt. Ich kann daher nur eindringlich davor warnen, die umwelttechnischen Standards dem Wettbewerbsgedanken zu opfern. Diese Gefahr wird selbst von Liberalisierungsbefürwortern eingeräumt. So fordert Dr. Otmar Bernhard, stellvertretender CSU-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, dass es keinen Wettbewerb geben dürfe, "der die Standards nach unten leiert".

Ungleicher Wettbewerb

Fest steht, dass die kommunalen Entsorger im Wettbewerb um die Abfallmärkte stark benachteiligt sind. Für sie

gilt eine Vielzahl von Auflagen, die private Entsorger nicht beachten müssen. So verbietet die Gemeindeordnung mit dem Territorialprinzip die wirtschaftliche Betätigung der kommunalen Betriebe über die Gemeindegrenzen hinaus. Kommunale Unternehmen sind zudem an das öffentliche Vergaberecht gebunden und müssen sich an langwierigen bundes- oder EU-weiten Ausschreibungsverfahren beteiligen. Ein besonders gravierender Nachteil ist die Verantwortlichkeit der Kommunen für die abfallwirtschaftlichen Nachsorgekosten bei der Deponierekultivierung und beim Rückbau von Verbrennungsanlagen.

Neues Abfallgesetz statt Gewerbeabfallverordnung

Aus Sicht der Stadt München ist das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz dringend reformbedürftig. Ziel muss es sein, eine dauerhafte Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit herzustellen. Zur langfristigen Gewährleistung der Entsorgungssicherheit ist eine klare Definition der Abfälle und der Zuständigkeiten für die Entsorgung erforderlich. Dabei müssen alle

Haushaltsabfälle sowie Restmüll aus Gewerbebetrieben als potentielles Risikomaterial den öffentlichen Entsorgungsträgern überlassen werden. Zur Behebung der gravierenden Mängel im Abfallgesetz ist die neue Gewerbeabfallverordnung nicht geeignet. Die Verordnung könnte allenfalls als ein erster Schritt in die richtige Richtung bezeichnet werden.

Auch der Umweltrat warnt

Diese Position der Stadt München wird auch vom Deutschen Städtetag und vom Verband Kommunaler Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (VKS) geteilt. Die Kritik kommt auch vom Umweltrat des Deutschen Bundestags. Nach Auffassung der Sachverständigen sind die geplanten Regelungen der Gewerbeabfallverordnung "überkomplex" und mit zu vielen Einschränkungen versehen. Ebenso wie die Stadt München befürwortet der Umweltrat strukturelle Änderungen im Abfallrecht und stellt fest, dass die hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle wegen des zu befürchtenden Ökodumpings "kein geeignetes Objekt für einen privatwirtschaftlichen Entsor-

gungswettbewerb" sind. In seinem jüngsten Gutachten vom 11. April 2002 distanziert sich der Umweltrat sogar von seinen früheren Liberalisierungsvorschlägen.

Die deutschen Standards der Abfallwirtschaft sind weltweit einzigartig. Dieses Niveau jetzt durch leichtfertige Maßnahmen zur Privatisierung und Liberalisierung wieder rückgängig zu machen, wäre nicht nur aus ökologischer Sicht, sondern auch volkswirtschaftlich gesehen ein gewaltiger Rückschritt. Die öfter zu hörende Formel "privat = besser = billiger" ist eine bloße Behauptung. Die Landeshauptstadt München bietet ein sehr gutes Beispiel dafür, dass zuverlässige und preiswerte Abfallentsorgung mit modernen und ökologisch hochwertigen Anlagen am besten von einem kommunalen Unternehmen geleistet wird. München als größte Kommune Deutschlands wird deshalb weiterhin seinen politischen Einfluss geltend machen, um die kommunale Abfallwirtschaft als wichtigen Baustein der öffentlichen Daseinsvorsorge zu erhalten.

Gabriele Friderich

„FLÜCHTLINGEN WIRD DIE IDENTITÄT GENOMMEN.“

Grüne kritisieren die Praxis der „Angeblich-Duldungen“

Seit Mitte 2001 existiert eine Weisung des Bayerischen Innenministeriums, ausreisepflichtigen Ausländern nur noch Duldungen auszustellen, die sowohl beim Vor- und Nachnamen als auch bei der Nationalität die Zusätze: "Angeblich" – "die Identität ist nicht geklärt" enthalten, wenn sie nach Auffassung der Behörde bei der Passbeschaffung nicht ausreichend mitwirken.

Gegen diese Praxis hat sich die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste ausgesprochen, die in einem Antrag gefordert hat, „Angeblich-Duldungen“ „wegen der diskriminierenden Absicht“ nicht mehr auszustellen. Die Fraktion fordert zudem einen umfassenden Bericht über die Anwendung der staatlichen Weisung: auf Grund welcher Erkenntnisse Personen nur noch „Angeblich-Duldungen“ er-

halten, was im Falle einer Weigerung der zuständigen Botschaft geschieht, Papiere auszustellen, und wie das Kreisverwaltungsreferat die Benachteiligungen für die Betroffenen einschätzt.

Ziel der Regelung ist es ganz offensichtlich, Druck auf Flüchtlinge auszuüben, indem ihnen ihre Identität genommen wird. Nachdem ihre Asylverfahren rechtskräftig abgeschlossen sind, können viele Flüchtlinge nicht ausreisen bzw. abgeschoben werden, weil sie keine Pässe besitzen. Sicherlich gibt es Flüchtlinge, die nicht gewillt sind, sich Papiere zu besorgen. Gleichzeitig ist aber bekannt, dass eine Reihe von Botschaften keine Pässe ausstellen. Andere Botschaften verlangen erst einmal Geburtsurkunden, obwohl diese in den jeweiligen Heimatländern unüblich und –

wenn überhaupt - nur gegen hohe Kosten zu beschaffen sind – für Flüchtlinge mit Arbeitsverbot ein besonderes Problem.

Wer aber einmal als "Angeblich"-Geldloser eingestuft wurde, wird diesen Status nicht mehr los und hat eklatante Nachteile: er erhält regelmäßig Arbeitsverbot, kann keine Konten eröffnen, kann keine Einschreiben abholen etc. Es zeichnet sich ab, dass Menschen gezwungen werden, jahrelang mit Papieren zu leben, die ihnen die Teilnahme an den alltäglichen Handlungen in dieser Gesellschaft nicht mehr erlauben. Das KVR sollte daher keine "Angeblich-Duldungen" mehr ausstellen und mit dem Innenministerium darüber verhandeln, diese Praxis zu ändern.

Siegfried Benker

DIE U-BAHN PARALLEL ZUR S-BAHN

Wie die SPD ein sinnloses Verkehrsprojekt vorantreibt

Sie ist ein Versprechen des Oberbürgermeisters - und daher, trotz finanzieller Misere, ungefähr so schwierig rückgängig zu machen wie die Laufzeitverlängerung eines AKW durch den Kanzler: Die U5 nach Pasing.

Der verkehrspolitische Nutzen des Projekts ist schon auf den ersten Blick sehr fragwürdig, verlief die neue Strecke doch parallel zur bestehenden S-Bahn-Trasse Laim-Pasing, auf der momentan mindestens 12 Züge in der Stunde verkehren. Neue Fahrgäste für den MVV wären daher nur in sehr geringem Umfang zu erwarten, denn die Einzugsgebiete sind ja bereits gut erschlossen. Nur 7000 neue Fahrgäste pro Tag würde die U-Bahn anlocken, der Rest wären Umsteiger von der S-Bahn. Die U5 wäre eine weitere radiale Komponente in Münchens ohnehin zentrumslastigem ÖPNV-System, außerdem langsamer in der Innenstadt als die S-Bahn.

Einziges Vorteil wäre die Entlastung der S-Bahn-Stammstrecke, die zu Stoßzeiten regelmäßig aus den Nähten platzt und zu Recht im Ruf der Unzuverlässigkeit steht. Ist es aber die richtige Strategie, die Versäumnisse des Freistaats beim S-Bahn-Ausbau durch eine von der Stadt zu betreibende U-

Bahn zu korrigieren? Die Frage muss gar nicht mehr grundsätzlich beantwortet werden, da das Land Bayern längst die Ausbauten zur Einführung des 10-Minuten-Taktes bei drei S-Bahn-Linien (bis 2004) betreibt und sich grundsätzlich zum Bau einer zweiten S-Bahn-Stammstrecke bekennt, um auf weiteren Linien einen kürzeren Takt zu ermöglichen.

Die S-Bahn muss Vorrang haben

Diese S-Bahn-Projekte zu unterstützen, ist das vorrangige Ziel der Grünen im Stadtrat und im Landtag. Gelingt es, sie in naher Zukunft auf den Weg zu bringen, so ist das Angebot auf der West-Ost-Trasse auf jeden Fall ausreichend. Eine - besonders im Betrieb - äußerst kostspielige U-Bahn parallel daneben zu setzen, wäre ein verkehrspolitischer Schildbürgerstreich. Das wissen auch die Verkehrsexperten in der SPD - aber was hilft's, wenn das Alpha-Tier seine Markierung erst einmal gesetzt hat?

Die U-Bahn wird unrentabel sein

In den Koalitionsverhandlungen ist es den Grünen nicht gelungen, die SPD von der Sinnlosigkeit des Projekts zu überzeugen, immerhin aber konnten wir gewisse Bedingungen durchsetzen. In der Vereinbarung heißt es: „Die U5 nach Pasing wird unter der Voraussetzung gebaut, dass sie wie üblich aus GVFG-Mitteln (= Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) bezuschusst und die Realisierung der zweiten S-Bahn Stammstrecke nicht in Frage gestellt wird. Eine städtische Vorfinanzierung erfolgt nicht.“

Mit dieser Formulierung sollte es möglich sein, den Bau dieses unsinnigen U-Bahn-Projektes doch noch abzuwenden, denn nach der Modernisierung der S-Bahn wird die für die Finanzierung nach GVFG notwendige Rentabilität nicht zu erreichen sein. Ohne diese Zuschüsse wäre das Projekt nicht zu bezahlen, doch dieser

Umstand wird von den großen Rathausfraktionen bisher geflissentlich ignoriert. Sogar CSU-Stadträte behaupten, die S-Bahn-Pläne des Freistaats seien nur eine vage Idee, obwohl doch Wirtschaftsminister Wiesheu öffentlich beteuert: „Wir treiben die Maßnahme mit Nachdruck voran, damit das Nadelöhr Stammstrecke so schnell wie möglich der Vergangenheit angehört.“

SPD und CSU versuchen nun mit Hilfe der „Nord-Umfahrung Pasing“ vollendete Tatsachen zu schaffen. Dieses Straßenbauprojekt, das Am Knie von der Landsbergerstraße abzweigt und dann südlich des Gleis-Hauptstrangs entlang führt, wird auch von den Grünen befürwortet. Denn erstens müssen die dort liegenden Baugebiete erschlossen werden, in diesem Punkt ist die Stadt durch einen städtebaulichen Vertrag mit der Deutschen Bahn rechtlich gebunden. Und zweitens bietet die Nordumgehung auch die Chance, das verkehrsumtoste Ortszentrum Pasings - den Pasinger Marienplatz - stadgestalterisch aufzuwerten und wieder zu einem halbwegs angenehmen Aufenthaltsort zu machen.

Der Trick mit der Nordumfahrung

Der Haken dabei: Die Nordumfahrung soll über der vorgesehenen U-Bahn-Trasse verlaufen. Und wer die U-Bahn bauen will, der muss sie gleichzeitig mit der Nordumfahrung bauen, denn sonst würde sie um ein Vielfaches teurer. Da die Straße wegen der vertraglichen Bestimmungen bis 2004 gebaut werden muss, ist jetzt auch eine Vorentscheidung über die U-Bahn zu treffen. Dem in der Diskussion stehenden Kompromiss, die Nordumfahrung auf einem Betondeckel zu bauen, unter dem die U-Bahn dann gegebenenfalls mit geringerem Zusatzaufwand vorangetrieben würde, könnten Die Grünen zustimmen - in der Hoffnung, dass der S-Bahn-Ausbau Tatsachen schafft, die dieses Projekt endgültig beerdigen.

Jens Mühlhaus



Das U-Bahn-Bauen liegt ihm im Blut...

SCHON WIEDER: NAZIS IN MÜNCHEN

Am 30.11. droht die nächste Nazi-Demo

Auch wenn es vermutlich das ist, was die Nazis erreichen wollen: Langsam nervt's.

Nachdem sie am 12. Oktober auf Grund einer den Gegendemonstranten keineswegs übel gesinnten Polizeistrategie nach einem halben Kilometer wieder umkehren mussten, und nachdem sie sich seitdem allfreitags zu einer Mahnwache auf dem Marienplatz einfinden, wollen alte und neue Nazis Ende November endlich die Beachtung finden, die ihnen bisher versagt geblieben ist. Ein Marsch durch die Münchner Innenstadt scheint da mal wieder das probate Mittel zu sein.

Chef-Nazi Christian Worch ist seinen Leuten noch etwas schuldig. Die Pleite Mitte Oktober und die weit gehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit

stattfindenden Mahnwachen konnten den Geltungsdrang der braunen Brüder im Geiste nicht befriedigen. Die Mobilisierungsfähigkeit der Nazis schrumpft und die Beteiligung bröckelt. Worch glaubt, eine Scharte aussetzen zu müssen, andernfalls sinkt auch sein Ansehen als Führungsfigur des "nationalen Widerstands."

Am einfachsten wäre natürlich ein Verbot. Doch dies ist ein zweischneidiges Schwert: eine repressive Handhabung des Demonstrationsrechts kann sich leicht auch mal auf demokratisch gesinnte Demonstranten auswirken. Daher bleibt wohl nur das bekannte Mittel: Hingehen und protestieren, und zwar in so großer Zahl, dass der Polizei keine andere Wahl bleibt.



Nazis am 12. Oktober beim Verlassen der Theresienwiese

EISLAUFBAHN MIT KLIMAKILLERN?

Die im letzten Winter auf dem Marienhof aufgestellte Eislaufbahn wird offenbar mit dem klimaschädlichen Kältemittel R 22, einem teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoff (H-FCKW), betrieben. R22 soll wegen seiner Ozonschicht schädigenden und den "Treibhauseffekt" unterstützenden Wirkung in Zukunft vollständig kompensiert werden. Laut FCKW-Halon-Verbotsverordnung dürfen seit 1. Januar 2000 Erzeugnisse, die das Kältemittel R22 enthalten, nicht mehr hergestellt werden. Aus Sicht des BMU wird auch dann ein Produkt "hergestellt", wenn dabei R22 nachträglich in eine alte Anlage eingefüllt wird. Die Grünen haben daher beantragt, vor der Erteilung einer Nutzungserlaubnis festzuschreiben, dass kein R 22 zum Einsatz kommt.

Sabine Beck

Streetlife-Festival soll regelmäßig stattfinden

Nach dem großartigen Erfolg des Corso Leopold im September spricht alles dafür, dieses Ereignis in Zukunft regelmäßig zu wiederholen.

Der überwältigende Andrang auf das Streetlife-Festival am Wochenende 15./16. September auf der für Autos gesperrten Leopoldstraße ist ein klarer Beleg für das Bedürfnis vieler Menschen, die schönsten Straßen ihrer Stadt auch einmal ohne Autoverkehr genießen zu können. Die Grüne Fraktion fordert daher in einem Antrag, die Leopoldstraße ab 2003 zwischen Mai und September einmal monatlich ein Wochenende lang (Samstag ab 16 Uhr bis Sonntag 24 Uhr) für den Autoverkehr zu sperren und als Flanier- und Kulturmeile zu öffnen.

Zahlreiche Besucher haben uns aufgefordert, den Corso Leopold zu wiederholen - und zwar nicht als einmalige Aktion. Allerdings möchten wir ein etwas abgespecktes Programm mit weniger Aufwand und deutlicher Betonung des Charakters einer Flaniermeile mit vielfältigen kulturellen und künstlerischen Darbietungen.

Was in anderen europäischen Großstädten wie Paris mit der sommerlichen Sperrung der Seineuferstraßen („Paris-plage“) und Barcelona mit der zeitweisen Sperrung von ganzen Bereichen für Stadtteilfestivals schon längst praktiziert wird, sollte München sich zum Vorbild nehmen: Der öffentliche Raum wird wieder erlebbar, die Stadt gewinnt an Urbanität und Lebensqualität. Nebenbei leistet das Zurückdrängen der Autodominanz auch einen Beitrag zum Klimaschutz, so dass selbst der Münchner CSU-Chef in der Speakers-Corner zum Corso-Fan mutierte. Vielleicht kann er seine Kollegen der CSU-Stadtratsfraktion von diesem tollen Erlebnis erzählen, damit im Stadtrat eine gemeinsame Entscheidung zugunsten dieser neuen urbanen Attraktion fallen kann.

Jens Mühlhaus

REGENERATIVE ENERGIEN BOOMEN IN MÜNCHEN

Mehr Energieeffizienz und zukunftsichere Arbeitsplätze durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz

Mit Wirkung vom 1.4.2000 ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kraft getreten. Dabei wurde die Vergütung von regenerativ erzeugtem Strom aus Sonne, Wind und Biomasse kostendeckend angehoben. Auch die Nutzung von Deponie- und Klärgas, Geothermie und Wasserkraft wird gefördert. Die erhöhte Vergütung wird auf die Netzkosten aller Energieversorger umgelegt, so dass die Kunden der Energieversorger bundesweit mit weniger als einem halben Cent pro Kilowattstunde belastet werden.

Ziel der Bundesregierung, aber auch der Europäischen Union, ist es, bis zum Jahre 2010 den Anteil Erneuerbarer Energien zu verdoppeln, d.h. von derzeit knapp 5 Prozent an der Stromerzeugung auf rund 10 Prozent. Inzwischen ist das bundesdeutsche Vorbild auch in anderen EU-Staaten wie z.B. in Frankreich und in Spanien als Grundlage für deren Regelungen zur Förderung Erneuerbarer Energien eingeflossen.

Im Versorgungsgebiet der Münchner Stadtwerke sind derzeit insgesamt knapp 600 Solarstromanlagen mit einer Gesamtleistung von mehr als 3 Megawatt installiert. Davon profitie-

ren rund 400 Anlagen mit einer Leistung von 1,3 Megawatt noch vom "Vorläufer" des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, der kostendeckenden Einspeisevergütung nach dem "Münchener Modell". Die übrigen Anlagen erhalten seit dem 1.4.2000 eine Einspeisevergütung nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz, die für die bis Ende 2001 errichteten Anlagen 99 Pfennige pro Kilowattstunde und für die in 2002 errichteten Anlagen 48,1 Cent pro Kilowattstunde beträgt. Der derzeit erzeugte Solarstrom reicht für die Versorgung von rund 1100 Haushalten aus.

Für das laufende und das nächste Jahr sind weitere neun größere Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 1,4 Megawatt geplant, darunter auch die zweite Ein-Megawatt-Anlage auf den Dachflächen der Neuen Münchner Messe.

Die seit Inkrafttreten des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes ausgelösten Investitionen in München für Solarstromanlagen belaufen sich auf 4,5 Millionen Euro, die noch in 2002 und im Jahre 2003 festen geplanten Investitionen für Solarstromanlagen werden sogar rund 8,7 Millionen Euro betragen.

Mit Inbetriebnahme der zweiten Ein-Megawatt-Anlage auf den Dachflächen der Neuen Münchner Messe Mitte September 2002 wird die Stadt München unter allen bundesdeutschen Großstädten mit über 500.000 Ein-

wohnern wieder den mit Abstand größten pro Kopf-Wert an installierter Solarstromleistung in Deutschland aufweisen.

Aber auch andere, bereits vor dem 1.4.2000 betriebene Anlagen, die aus Erneuerbaren Energien Strom produzieren, profitieren von dem neuen Gesetz. Es sind dies 20 Wasserkraftwerke sowie jeweils eine Windkraftanlage, eine Biomasseanlage sowie eine Biogasanlage. Die Stromproduktion dieser Anlagen reicht aus, um knapp 32.000 Münchner Haushalte mit umweltfreundlichem Strom zu versorgen. Über 90 Prozent davon entfallen auf die 20 Wasserkraftwerke. Auch bei diesen Anlagen liegen schon konkrete Planungen für neue Projekte vor: So wird das Referat für Gesundheit und Umwelt noch in diesem Sommer die Genehmigung für die Wiedererrichtung eines Wasserkraftwerkes an der Muffathalle erteilen. Ein privater Investor wird für die Reaktivierung dieses Kraftwerkes rund 2 Millionen Euro investieren. Des Weiteren ist für die Versorgung des neuen Baugebiets in Freiham die Errichtung eines Biomassekraftwerkes mit entsprechender Strom- und Wärmeproduktion durch die Stadtwerke München GmbH geplant. Mit diesem Vorhaben wird der Münchner Stadtrat im Dezember 2002 befasst.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat auch für München erhebliche Impulse für eine klimafreundliche Energiepolitik gesetzt, deren Investitionen vor allen Dingen Betrieben des Mittelstands zugute kommen. Es ist davon auszugehen, dass – ohne Großinvestitionen wie das geplante Biomassekraftwerk in Freiham – das Erneuerbare-Energien-Gesetz in München jährlich Investitionen in einer Größenordnung von bis zu 4 Millionen Euro auslöst.

Joachim Lorenz



Auf immer immer mehr Dächern entstehen Solaranlagen

ENDLICH: KREATIVITÄT

Erfahrene Finanzpolitiker wissen es : In der Krise liegt die Chance! Finanzielle Notstände bergen ein häufig unterschätztes Potential an Kreativität. Eine kleine Auswahl innovativer Ideen aus den innersten Zirkeln der Grünen Fraktion präsentieren wir hier:

Italienersteuer

Aus dem schönen Florenz erreicht uns die Nachricht, dass die historische Innenstadt bald nur noch nach Zahlung eines Eintrittsgeldes zu betreten sein wird - eine geniale Idee! Nur allzu gern hören wir im Stimmengewirr unserer Fußgängerzone das wohlklingende, vokalreiche Idiom der Italiener, die nun schon aus Gründen der Gleichbehandlung zu einem entsprechendem Entree heran gezogen werden müssen. Bei Erfolg ließe sich die Maßnahme leicht auch auf andere Nationalitäten ausdehnen. Die Münchner Fußgängerzone ist mittlerweile derart überfüllt, dass ein kleines Eintrittsgeld für Ortsfremde sich segensreich auf die städtischen Kassen auswirken muss.

Das städtische Festzelt

Kaum einmal ein Wiesn-Festzelt, dessen Haupteingang nach vier Uhr nachmittags noch geöffnet hat, Zutritt wird oft erst nach demütigenden Disputen mit vierschrotigen Türstehern gewährt - geht so die Weltstadt mit Herz mit ihren Gästen um, die oft weite Reisen hinter sich gebracht haben? Die Situation schreit längst nach Abhilfe, die Wiesn muss expandieren, wenn München sich nicht blamieren will. Die Stadt hätte die Gelegenheit, mit einem eigenen, städtischen Zelt am Reibach der Wirte teilzuhaben. Festwirtin Gabriele Friderich würde Ochsen und Hendl aus den eigenen städtischen Gütern beziehen, die Philharmoniker könnten für Stimmung sorgen und der OB jeden Tag feierlich das erste Fass aufmachen, mit magischen

Worten Millionen in die städtischen Kassen spülend: „Ozapft is!“ Zusätzliche Einnahmen ließen sich aus einer zeitgemäßen Ergänzung des Angebotes an weichen Drogen erzielen - ideologische Bedenken der Staatsregierung würden durch eine Gewinnbeteiligung ausgeräumt. Ein komfortabler Rückzugsraum mit einem angemessenen Sortiment würde sicher viele Freunde des Cannabis anlocken. Vielleicht könnte Bürgermeister Monatzeder, der ja nach eigenem mutigen Bekenntnis ein ehemaliger Kon-



Damit Politik wieder Spaß macht...

sument ist, mit dem Entzünden des ersten Joints eine neue Tradition begründen: „Ozundt ist!“

Philharmoniker zu mieten

„Bibliotheken schließen, aber Millionen in die Hochkultur reinbuttern“ - ein oft gehörter Vorwurf, wenn die Rede auf Kulturpolitik kommt, und man sollte diese Klage nicht unterschätzen. Da sind zum Beispiel die Münchner Philharmoniker, nach Meinung lokaler Feuilletonisten ein Orchester von Weltruf, das selbst Choryphäen wie James Levine für ein paar Millionen nach München gelockt hat (ein paar mal wenigstens). In dessen Abschied liegt die Chance für den sorgengeplagten Kämmerer der Stadt: Anstatt nun einen nur unwesentlich preiswerteren Nachfolger für Levine zu suchen, böte sich die Gelegenheit, mit dem Dirigieren der Philharmoniker endlich einmal Geld zu verdienen anstatt immer nur Geld - viel Geld - dafür

auszugeben. „Dirigieren Sie die Münchner Philharmoniker!“ - das wäre ein attraktives Angebot an die zahlreichen Bestverdienenden dieser Stadt, die für eine entsprechende Gebühr ihrem sinnentleerten Dasein wenigstens für die Dauer einer Symphonie entfliehen und sich einem besonders exquisitem Genuss hingeben könnten. Auch für den gehobenen Mittelstand sollte dieses Angebot attraktiv sein - es muss ja nicht gleich eine Symphonie sein, eine Sonate wäre kürzer und entsprechend günstiger zu haben.

Straßenbenennung

Eine weitere Möglichkeit, an die hohen privaten Vermögen in der Stadt ranzukommen ist eine gewinnorientierte Handhabung der Straßenbenennung: Gewiss gibt es unter den vielen Münchner Bussimillionären genügend, die ihren Namen gerne auf einem Straßenschild lesen würden, denn dieses Vergnügen wäre freilich nicht ganz billig und daher von jenem Hauch von Exklusivität umweht, den unsere Schickeria so zu schätzen weiß.

Auch Unternehmen könnten sich ihre Adresse passend zurecht benennen und so der armen Stadt aus der Patsche helfen - wenn sie schon keine Steuern mehr zahlen (Was zahlt Siemens eigentlich für die Siemensallee?)

Auf diese Weise könnte die Stadt ihre zum Teil recht antiquierten Straßennamen dem Zeitgeist und dem Allgemeinwissen der Gegenwart anpassen. Wer kennt schon noch „Maximilian“ oder „Leopold“ oder den „Prinzregenten“, verflossene Monarchen längst vergangener Zeiten? „Avenue de Mooshammer“, „Michael-Käfer-Boulevard“ oder „Alois-Dallmayr-Drive“ - das sind wahrhaft bekannte Namen mit hohem Wiedererkennungswert, werbewirksam für die ganze Stadt. Und die Nebenkosten für die Umbenennung, die zahlt Moosi doch aus der Portokasse.

M. Viellvoye

Richtigstellung

Bedauerlicherweise finden sich in der Mamba Nr. 85 in dem Bericht über die Verabschiedung von Sabine Csampai einige Fehler. Die Betroffene stellt dies selbst richtig:

Hallo Markus,

leider hat sich der Fehlerteufel in die Mamba eingeschlichen, deshalb bitte ich um Richtigstellung in der nächstmöglichen Ausgabe:

1. ich war nicht 12 Jahre Bürgermeisterin, das ist mir wichtig, weil der Leser denken könnte, ich hätte eine fette Pension und ginge nun spazieren.....

2. ich vermiete keine Zimmer, habe also nicht den Beruf der Pensionswirtin für mein Leben danach gewählt.

3. der grausige Schäffler ist nicht von Nymphenburg sondern von Hutschenreuther. Das erwähne ich nur, weil man daran sieht, das selbst in Dingen, die für mich persönlich nicht nachteilig sind, falsch berichtet wird.

Für die Zukunft bitte ich darum, falls ich noch mal in eurem Blättchen erwähnt werden sollte, mich doch vorher einfach anzurufen, damit solche dummen Fehler nicht mehr passieren. Damit keine Unklarheiten aufkommen: ich bestehe auf einer Richtigstellung, da ich meinem Beruf entsprechend als Künstlerin arbeite und deswegen die beiden ersten Aussagen berufsschädigend sind. (Auch wenn die Gefahr, dass irgend jemand von Bedeutung das lesen könnte, außerordentlich klein ist.)

Mit unfreundlichen Grüßen

Sabine Csampai

GRÜNE ANLAUFSTELLEN:**Stadtratsfraktion****Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste**

Tel.: (089) 233 92 620

Fax: 089 233 92 684

presse@gruene-muenchen-stadtrat.de

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Fraktionsvorsitzende:

Siegfried Benker

Sabine Krieger

Grünes Stadtbüro:

(täglich von 15-18 Uhr)

Sendlingerstr. 47, 80331 München

Tel.: 201 44 88

Fax: 202 18 14

stadtbuero@gruene.m.uunet.de

www.gruenemuenchen.de

Mitarbeiterinnen:

Annette Louis

Liane Rohen

Petra Tuttas

Stadtvorsitzende:

Anja Berger

Dr. Florian Roth

Büro 3. Bürgermeister

Hep Monatzeder

Tel. 233 92 482

Büroleitung:

Stefan Scholer

www.hep-monatzeder.de

Grüne Jugend München:

Dieter Janecek

Tel.: 089-21159720

dieter@gjm.de

Anna Hörlein

anna@gjm.de

www.gjm.de

TERMINE:

Freitag, 15. November, 19 Uhr:
Globalisierung - Schicksal oder Herausforderung? Podiumsdiskussion der P. Kelly-Stiftung mit E. Altvater (FU Berlin), W. Gern, (Diak. Werk), R. Hengstmann (Puma AG), B. Unmüßig (H.-Böll-Stiftung), B. Young (uni Münster). EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80.
Samstag ab 10 Uhr „Open space“ zum gleichen Thema.

Freitag, 15. November, 20 Uhr:
Was gehen mich die Menschenrechte an? Vortrag und Diskussion mit Rainer Schnurre, EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80

Mittwoch, 20.11., 18.30 Uhr:
AK Migration, Rathaus, Zi. 154.

Samstag/Sonntag 23./24.11.:
Landesversammlung in Bamberg.

Mittwoch, 27.11. Regionalkonferenz Verkehr, Rathaus, Zi. 154.

Donnerstag, 28.11., 20 Uhr: KIM (Kulturinitiative München), Stadtbüro, Sendlingerstr. 47.

Dienstag, 3. Dezember, 18 Uhr:
Arbeitskreis Hochschulverlagerung, Rathaus, Zi. 154.

**Impressum**

Inhaber und Verleger:
Stadtratsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen-
rosa liste
Marienplatz 8
80331 München

Redaktion:

Markus Viellvoye (verantwortl.) Stefan Scholer, Alexandra Weiß, Tassia Fouki, Sabine Beck.
Die Zeitung ist für Mitglieder der Münchner Grünen kostenlos.
Der Bezug im Jahresabo kostet derzeit 9 Euro, Einzelpreis 1,50 Euro.

Druck:

Ulenspiegel Druck und Verlag
Besengafß 4
82346 Andechs

Konzeption: Bernd Haak
Titellogo: Barbara Rueff